



Lehrerinnen und Lehrer gesucht: Fachkräftemangel in den Kantonen. Bild: AI

Die Logik des Lehrermangels

Die Klagen über den Lehrermangel waren gross – vor allem vor und in den Sommerferien 2022 – als Schulleitungen und Schulräte in zahlreichen Kantonen realisierten, dass sie nicht alle Stellen mit qualifiziertem Personal besetzen konnten. Lehrerverbände schlugen Alarm, Bildungsdirektoren organisierten Medienkonferenzen. Die Qualität der Volksschule sei fundamental bedroht, schrieben die Zeitungen.

Die Schuldigen für diese Bildungsmisere, den Lehrermangel, schienen schnell ausgemacht: Die Pädagogischen Hochschulen würden zu wenig Lehrpersonen ausbilden (obwohl deren Absolvierungszahlen stetig steigen), die Arbeitsbelastung sei zu hoch, zu viele Pädagogen würden dem Beruf zu schnell den Rücken kehren

(diese Vermutung wird durch die Zahlen im Bildungsbericht 2023 zur Fluktuation nicht bestätigt). Die Ursachen lagen und liegen jedoch tiefer.

Hausgemacht

Lange waren die tatsächlichen Zahlen zur Veränderung von Lehrer- und Schülerzahlen nicht verfügbar, um die aufgeflammete Diskussion über den Lehrermangel sachlich zu untermauern. Allerdings liess eine Medienkonferenz der Berner Bildungsdirektion erahnen, dass der Fachkräftemangel hausgemacht ist: Immer mehr fremdsprachige Schüler kommen in die Schweiz und werden in integrativen Schulen unterrichtet. Das absorbiert überproportional viel Personal. Die Berner beklagten, nach den Sommerferien 2022 müssten

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Freunde!

Es ist mir eine Ehre und Freude, euch unsere neue Vereinszeitschrift präsentieren zu dürfen. Mit diesem Magazin gehen wir einen weiteren Schritt in Richtung Professionalisierung unseres Vereins. Wir greifen in unserer Vereinszeitschrift Themen auf, welche in unserer Bildungslandschaft von zentraler Bedeutung sind und beleuchten sie mit der notwendigen Sorgfalt und Tiefe. Sie sind allesamt für die Zukunft unserer Schulen zentral.



Dabei tritt eines immer mehr zutage: **Was das Lehrernetzwerk Schweiz schon lange fordert, scheint je länger je mehr mehrheitsfähig zu werden.**

Sei es die integrative Schule, welche wir schon lange kritisieren, sei es die zunehmende Digitalisierung, welche immer mehr Lehrern Sorgen bereitet, oder sei es ein übergriffiger und woker «Sexualkunde»-Unterricht, der viele Eltern auf den Plan ruft, weil er ihre Kinder in ihrer Identität verunsichert. Immer mehr Akteure im Bildungsreich merken, dass es hier der Korrektur und Neuausrichtung bedarf. Für diese Neuausrichtung, die oft eine Rückbesinnung auf Altbewährtes ist, weisen wir seit unserer Gründung mit Nachdruck hin.

Als Präsident unseres Netzwerkes kann ich versichern, dass wir weiterhin unsere Stimme erheben werden zum Wohle unserer Kinder, aber auch Lehrerinnen und Lehrer, die an der Front stehen und ganz konkret erleben, was eine fehlgeleitete Bildungspolitik für Folgen hat. Wir werden deshalb weiterkämpfen und uns mutig einsetzen für eine gesunde und menschenfreundliche Bildung – in jeder Hinsicht.

Glückauf!

Jérôme Schwyzer, Präsident LNCH

gegenüber dem Vorjahr 2000 Schüler mehr beschult werden, dafür man müsse zusätzlich 500 Lehrer anstellen.

Wie bitte? 500 neue Lehrer für 2000 neue Kinder und Jugendliche – man rekrutiert einen Lehrer für vier Kinder.

In erster Linie der Zuwanderung geschuldet

Heute kann man den Schülerbestand und den Lehrpersonalbestand des Schuljahres 2021/22 mit dem Schuljahr 2022/23 vergleichen, das Bundesamt für Statistik hat die Zahlen aufbereitet. In der Schweiz werden während der obligatorischen Schulzeit (Kindergarten bis und mit Sekundarschule) 20'025 Kinder mehr unterrichtet als im Vorjahr (in Bern waren es exakt 2'143 Kinder). Die wachsenden Schülerzahlen sind letztlich alleine der grossen Zuwanderung zu verdanken, denn die Geburtenrate in der Schweiz liegt noch immer weit unter dem Bereich zum Bevölkerungserhalt – eigentlich müssten sich die Klassenzimmer leeren.

Um zusätzliche 20'025 Kinder beschulen zu können, wurden gegenüber dem Vorjahr zusätzliche 2'188 ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer rekrutiert. Landesweit musste für 9,15 Schüler ein Lehrer ausgebildet und eingestellt werden. In diesen Zahlen nicht eingerechnet sind die Sonderpädagogen und die Assistenzen im Klassenzimmer. Die Kantone haben also ein neues Heer von Pädagogen ausgehoben und gleichzeitig dem Wunsch nach Teilzeit-

arbeit entsprochen, der in der Bildungsbranche überdurchschnittlich oft geäussert wird.

Besser sieht es aus, wenn man das Lehrer-Schüler-Betreuungsverhältnis in Vollzeitäquivalenten berechnet (und die Klassenassistenzen und Sonderpädagogen nicht dazu-rechnet): Für 19,663 Schüler finanziert die Schweizer Volksschule ein Vollzeitäquivalent, wie es im Fachjargon heisst. Es gibt jedoch zwischen den Kan-

tonen riesige Unterschiede. Im Kanton Bern ist für 10,5 Schüler eine neue 100-Prozent-Stelle geschaffen worden, Glarus hat für jeden fünften Schüler eine Stelle geschaffen. Im Kanton Nidwalden sind hingegen bei leicht steigenden Schülerzahlen (105) neun Lehrpersonen abgebaut worden, bei nahezu gleichem Vollzeitäquivalent. «Das liegt daran, dass wir grosse Flexibilität in den Klassengrössen haben, maximal 24», sagt der Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid. Die Gemeinden würden sehr aufs Budget schauen. Doch auch für die Sonderpädagogik müssten immer mehr Mittel aufgewendet werden, sagt Schmid.

Im Kanton Zürich wurden 3'672 zusätzliche Kinder, vor allem durch Zuwanderung, registriert. Dafür rekrutierte Zürich 678 neue Lehrkräfte, entsprechend einer 100-Prozent-Stelle für 13,96 Schüler.

Die Zahlen lassen folgende Schlussfolgerungen zu:

- Die Kantone setzen mit wenigen Ausnahmen immer mehr Lehrer pro Anzahl Schüler ein.
- Das Betreuungsverhältnis Lehrer-Schüler ist stark gesunken. Eine ehrliche Berechnung dazu liegt nicht vor, weil die entsprechenden Daten zu Klassenassistenzen und Sonderlehrern vom Bundesamt für Statistik nicht einheitlich ausgewiesen werden.
- Die Teilzeitarbeit ist ein wesentlicher Faktor, der den Lehrermangel verschärft.

Schüler und Lehrerwachstum vom Schuljahr 21/22 aufs 22/23

	Schüler	Lehrer
CH	20025	2188
ZH	3672	678
BE	2143	439
LU	1019	207
UR	79	6
SZ	364	7
OW	79	8
NW	105	-9
GL	80	28
ZG	177	44
FR	852	64
SO	971	61
BS	423	53
BL	761	122
SH	243	14
AR	188	34
AI	38	-5
SG	1347	143
GR	385	22
AG	2142	259
TG	1197	-29
TI	357	27
VD	1537	88
VS	958	16
NE	163	77
GE	559	-165
JU	186	-1

Letztlich dürfte der stetig teurere Stellenschlüssel und das sinkende Betreuungsverhältnis durch die Personenfreizügigkeit bzw. die Migration begründet sein. So wuchs die Gesamtzahl der ausländischen Kinder von 2007 bis 2020 um 77'503, die der Schweizer Kinder um nur 51'002. Das weckte das Bedürfnis nach einer integrativen Schule, die die Lehrer an den Anschlag bringt und den Wunsch nach Teilzeitarbeit verstärkt.

Das Lehrernetzwerk Schweiz unterstützt deshalb alle Bestrebungen, das teure Experiment «integrative Schule» abubrechen und die freiwerdenden Ressourcen wieder in Kleinklassen einzusetzen. Ebenso braucht es wieder mehr Klassenlehrer, die 100 Prozent arbeiten, um zentrale Bezugspersonen für die Schüler sein zu können.

dw

Das Bundesamt für Statistik subsummiert den Kindergarten unter Primarstufe 1 und 2. Das ist irritierend, da der Kindergarten in der Schweiz als eigenständige Bildungsstufe gilt. Bei der Volksabstimmung zur Einführung des Kindergartenobligatoriums betonte man, der Kindergarten bleibe ein Ort spielerischen Lernens. Man werde ihn nicht mit schulischen Strukturen, Lehrplänen und Leistungskontrollen befrachten. Dieser Gedanke ist sukzessive aufgeweicht worden. Das Bundesamt für Statistik liefert mit der Zurechnung des Kindergartens zur Primarschulstufe 1 und 2 ein weiteres Indiz dafür.

Positionspapier: Wo der Schuh drückt

Bildung sei die einzige Ressource, welche die Schweiz habe, heisst es gemeinhin. Sie sei das wichtigste Fundament unserer Gesellschaft.

Tatsächlich ist es so, dass die Schweiz ohne ihre Volksschule nie vierzehnmal in Folge zum innovativsten Land der Erde (laut Global Innovation Index 2024) gekürt worden wäre, wenn nicht einige Dinge in der Volksschule richtig gut laufen würden. Und mit Innovation sind nicht nur die Spitzenforschungsergebnisse gemeint, die an den Hochschulen entwickelt werden. Meist von der Öffentlichkeit unbeachtet, optimieren die Lehrmeister und ihre Lehrlinge in den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ihre Produkte, sodass sich der Werkplatz Schweiz weltweit im Wettbewerb behaupten kann.

Zunehmend Schwierigkeiten

Dafür sind zunächst die Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen von zentralster Bedeutung. Ein Heer von über 100'000 Lehrerinnen und Lehrern setzt sich an den staatlichen Schulen mit Herzblut dafür ein, dies den Kindern und Jugendlichen zu vermitteln – und das unter immer schwierigeren Bedingungen. Jedes dritte Kind hat mittlerweile ein Sprachproblem, wenn es in die Schule kommt. Das Vermitteln von Sprachkompetenzen ist die grosse Herausforderung. Die Resultate der letzten Jahre sind für die Schweiz

kein Ruhmesblatt mehr.

Die Volksschulen lassen laut den Pisa-Erhebungen nach zwei Jahren Kindergartenzeit und neun Jahren Unterricht nur noch vier von fünf Schulabgängern mit ausreichenden Mathematik- und Sprachkompetenzen in die Berufswelt gehen. Das bedeutet, dass 20 Prozent scheitern – und das ist zu viel für eine der teuersten Volksschulen der Welt.

Die Gründe sind vielfältig. Das Lehrernetzwerk Schweiz hat in Anbetracht der wiederbelebten bildungspolitischen Debatte ein Positionspapier ausgearbeitet, das diesem Magazin beiliegt. Darin zeigen wir anhand von 15 Thesen auf, wie die Volksschule aktuelle und künftige Herausforderungen meistern und noch besser werden kann – als lebenswerter Ort des gemeinsamen Lernens und als Basis für ein Bildungssystem mit Zukunft.

Deine Mithilfe ist gefragt

Wichtig ist, dass das Positionspapier breit gestreut wird – im Lehrerzimmer, im Bekanntenkreis! Weitere Exemplare können kostenlos online bestellt werden unter www.lnch.ch/positonspapier. Unter diesem Link ist das Positionspapier auch digital abrufbar und kann via Social Media weiter verbreitet werden.

dw

So stärken wir unsere Volksschule
**15 Thesen für
ein Bildungssystem
mit Zukunft**

POSITIONSPAPIER

Lehrernetzwerk
Schweiz



Integrative Schule ist mitverantwortlich für den Leistungsabbau

Ob Schüler den Unterricht stören oder ob sie aufgrund einer Beeinträchtigung eine intensive Betreuung innerhalb der Klasse benötigen – sie verhindern ein ruhiges Lernklima. Letztlich tragen sie dazu bei, dass das Leistungsniveau in den Klassen sinkt, weil sich alle weniger auf die Lerninhalte konzentrieren können. Dies zeigen die Resultate einer Umfrage der «Starken Schule beider Basel» (SSbB), an der 786 Personen teilnahmen, davon 664 Lehrer.

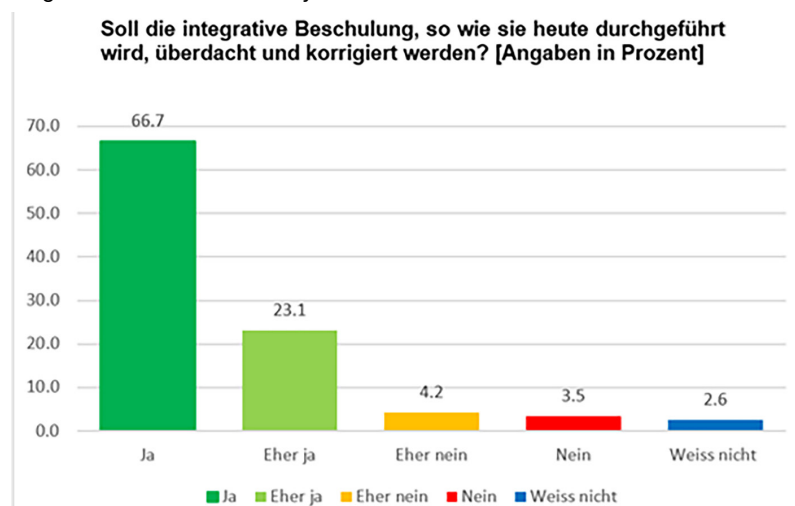
Für das heutige System der integrativen Beschulung fallen die Umfrageresultate vernichtend aus (Grafik 1): Auf einer Skala von 0 (Nein, überhaupt nicht) bis zu 10 (Ja, auf jeden Fall) konnten die Umfrageteilnehmer ausserdem einschätzen, ob und wie stark sich Integrationen von verhaltensauffälligen Kindern, die den Unterricht häufig massiv stören, zu einem Abbau der Leistungen aller Schüler einer Klasse führen: 72,7 Prozent setzen Werte zwischen 7 und 10 und beurteilen damit den negativen Einfluss als erheblich ein.

Integrative Schule vermindert Chancengleichheit

Vor der Umstellung von Förderklassen zur Integration wurden Unterrichtsstörungen als Defizite gesehen, weil sie den Bildungserfolg der Lernenden beeinträchtigen. Stark verhaltensauffällige Kinder wurden Förder-, bzw. Kleinklassen oder in schweren Fällen Sonderschulen zugeteilt, wo sie von hochqualifizierten Lehrerinnen und Lehrern mit heilpädagogischer Ausbildung betreut wurden. Vielen gelang so der reibungslose Eintritt in die Berufswelt. Ohne dieses Modell wären diese Erfolge kaum möglich gewesen.

Der Wechsel zur integrativen Schule änderte alles: Im Namen der Chancengleichheit wurden fast alle Schüler in Regelklassen integriert. Die Personalkosten stiegen, der Erfolg blieb jedoch aus. Die Chancen sind ungleicher verteilt denn je, und

welt und der Politik allmählich durch, wohingegen es für einige Schreibtischtäter ohne umfassende Unterrichtserfahrung in den Verwaltungen und an den pädagogischen Hochschulen offenbar noch immer einen Tabubruch darstellt, dieses



Quelle: Umfrage SSbB

überdies lernen fast alle weniger als im Rahmen der früheren schulischen Separation.

Die Zustände in den Integrationsklassen sind heute oft haarsträubend chaotisch und weit entfernt von einer positiven Lernatmosphäre. Schüler, Eltern und Lehrer sind gleichermaßen frustriert.

Die Einsicht in das Scheitern des integrativen Bildungssystems setzt sich in der Fach-

Scheitern einzugestehen. Ihnen ist das Festhalten an den eigenen ideologisch gefärbten Überzeugungen wichtiger als das Wohlergehen und der Erfolg der Schüler und der Lehrerinnen und Lehrer.

Umfassender Handlungsbedarf ist angezeigt

Gemäss den letzten Pisa-Studien ist die Leistung der Schülerinnen und Schüler gesamtschweizerisch stetig gesunken.

Die Ursachen sind vielschichtig: Die exzessive Digitalisierung, gesellschaftliche Veränderungen und die wenig durchdachten und von oben aufoktroierten Bildungsreformen spielen ebenso eine Rolle wie die praxisferne Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen.

Gegen den Leistungsabfall

Soll ein weiterer Leistungsabfall verhindert werden, sind grundsätzliche Veränderungen notwendig: Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer muss sich im fachlichen Bereich markant verbessern. Zum Erreichen der Lernziele gehören das stetige Üben und Trainieren, das Einfordern von Anstandsregeln und die Förderung sozialen Verhaltens der Jugendlichen. Und schliesslich sind auch die Eltern gefordert, ihre Erziehungspflichten wahrzunehmen.

Die Umfrage der SSbB zeigt unmissverständlich: Lernwirksamer Unterricht für alle ist nur mit Hilfe von Förderklassen für lernschwache und/oder verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche möglich. Unruhe im Klassenzimmer führt zu Leistungsabbau, was sich gerade in naturwissenschaftlichen und sprachlichen Fächern deutlich manifestiert. Eine optimale Lernumgebung, in welcher sich alle Schüler wohlfühlen und konzentriert arbeiten können, ist entscheidend.

Jürg Wiedemann, Vorstandsmitglied der «Starken Schule beider Basel»

Werde Mitglied eines Netzwerkes mit über 6000 Gleichgesinnten

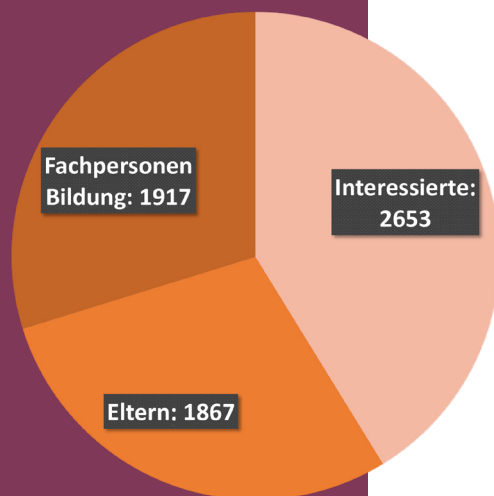
Mit deinen Vorbehalten gegen die Gender-Ideologie, mit deiner Skepsis gegen die Integrative Schule bist du nicht alleine.

Das Lehrernetzwerk verfügt über 6000 Adressen von Interessierten, die sich für eine menschenfreundliche Bildungspolitik mit Zukunft für unsere Kinder einsetzen, darunter rund 2000 Lehrerinnen und Lehrer und über 1800 Eltern.

Möchtest du Teil der starken Bewegung werden, die sich für die Kinder, die Unterstützung von Eltern und die Arbeitsbedingungen der Lehrer einsetzt?

Mit dem Beitritt zum Lehrernetzwerk Schweiz wirst du Vereinsmitglied.

- Du erhältst den Newsletter.



- Du kriegst Beratung und rechtliche Unterstützung.

- Du hast Zugriff auf unsere grosse Ver-netzungsplattform.

Die Jahresmitgliedschaft kostet dich bloss 35.- Franken.



Darum bin ich ein treuer Unterstützer des LNCH...



«Ich unterstütze das Lehrernetzwerk Schweiz seit seiner Gründung, weil es sich aktiv, unerschrocken und mit grosser Überzeugungskraft für die Grundrechte unserer Kinder in der Schule einsetzt, damit sie dort körperlich und seelisch gesund heranwachsen können.»

Thorsten Harke, Familienvater und Unternehmer, Präsident der Harke Group

WHO-Verträge: Es braucht uns weiterhin

Das Lehrernetzwerk Schweiz (LNCH) entstand, weil Regierungen und Verwaltungen während der Covid-Pandemie Grundrechte ausser Kraft setzten und massiv in Schulzimmer und Familien hineinregiert haben. Die neuen WHO-Verträge, welche die Schweiz im Sommer 2025 wohl ratifizieren wird, werden den Behörden ermächtigen, ein verschärftes «Corona-Regime» einführen zu dürfen.

Wir erinnern uns noch alle an die Zeit, als die Behörden bestimmten, wer sich treffen darf, wer im Altersheim seine Grossmutter besuchen kann, wie viele Trauernde an einer Beerdigung zugelassen sind, wer Maske tragen und sich impfen lassen soll und wer das Restaurant oder die Schulzimmer nicht mehr betreten darf. Kinder desozialisierten im «Homeoffice». Die Psychiatrien sind seither überlastet.

Gegen diese Aussetzung der Grundrechte war Widerstand des Lehrernetzwerkes Schweiz notwendig, denn die Entscheidung der Behörden beruhten, so zeigt es sich heute, weitgehend auf faktenfreien Behauptungen und auf Unterdrückung jener Erkenntnisse der Wissenschaft, die dem damaligen politischen Narrativ zuwider liefen.

Mixtur für eine Diktatur

Die Veröffentlichung ungeschwätzter Dokumente des Robert-Koch-Instituts (RKI-Files), die Enthüllungen um die Kumpanei von Leitmedien mit dem Departement von Alain Berset, die unwissenschaftlichen Behauptungen zur Effizienz von Masken und Sicherheit

der Impfstoffe, die halbherzigen Entschuldigungen, zuletzt vom Schweizer Impfchef Christoph Berger, scheinen nicht nur alle Verschwörungstheorien zu bestätigen. Sie legen Ingredienzen einer dystopischen Mixtur offen, die den Boden für eine Diktatur bereiten können.

Wir sind alarmiert

Allerdings ist die Bereitschaft, die Pandemie kritisch aufzuarbeiten, gering.

Das LNCH ist alarmiert, **denn neues Ungemach droht mit den geplanten Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) durch die**

Weltgesundheitsorganisation (WHO). Sie ist ermächtigt, «Regelungen zu treffen über sanitäre und Quarantänemassnahmen und andere Vorkehrungen zur Verhinderung der Ausbreitung von Krankheiten». Nun will die WHO jenen Pandemievertrag durchboxen, der im Frühsommer 2024 nicht zustande kam, der aber im neuen Vertragsentwurf der WHO von diesem November noch mehr Macht einräumen will.

Zehn parteiübergreifende Motionäre aus dem Kanton Thurgau erkennen darin einen Souveränitätsverlust für die Schweiz. Sie haben kürzlich einen Brief an Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, Vorsteherin des Departements des Innern, geschrieben und weisen darauf hin, dass die Änderungen alles andere als «technische Standards von geringfügiger Tragweite» sind, wie dies gemeinhin vom Bundesamt für Gesundheit



Die faktenfreie Impfpflicht der Behörden für Kleinkinder sorgte für Empörung.
Bild: Martin do Nascimento/CalMatters

dargelegt wird. Die WHO soll mit der aktualisierten Version mehr Macht erhalten bei

- der Ausrufung internationaler Gesundheitsnotstände,
- der Festlegung der globalen Informationspolitik zu Pandemien,
- der Definition bestimmter Produkte als massgebliche Standards,
- der Anerkennung von unzureichend getesteten Substanzen als Goldstandard,
- der Verpflichtung zu potenziell weitreichenden finanziellen Beiträgen.

Zusammenfassend äussern die Thurgauer Motionäre gegenüber dem Bundesrat, dass die WHO ihren Ermessensspielraum und die faktischen Gründe zur Ausrufung globaler Gesundheitsnotstände massiv ausweite - «dies, ohne überprüfbare, belastbare Standards, ohne wirksame Qualitäts- und Rechtskontrollen und ohne jede Verantwortlichkeit der WHO gegenüber den Mitgliedstaaten.» Das begünstige die Verletzung grundlegendster Prinzipien der Qualitätskontrolle, des Willkürverbots, der Gewaltenteilung, des Demokratieprinzips sowie die Autonomie der Kantone im Gesundheitswesen.

Gegen die Souveränität

Ein einziger «falscher Alarm» der WHO könne unkalkulierbare, globale negative Kettenreaktionen auslösen, welche schädlicher sein können als der Erreger selber. Der zentrale Einwand richtet sich gegen das

fixe Dogma «Infodemics», wonach der WHO die ausschliessliche Deutungshoheit mit Bezug auf sämtliche pandemierelevante Informationen zukommt.

In der neuen Version vom November wird für Streitfälle ein Schlichtungsverfahren vorgeschlagen: Die Mitgliedstaaten sollen zu einem verbindlichen Mechanismus ausserhalb ihrer souveränen Gesetzgebung gezwungen werden und müssten widersprüchliche nationale Gesetze anpassen.

Machtfülle für die WHO

Der Zürcher Anwalt Philipp Kruse, der sich in das WHO-Vertragswerk vertieft hat und mit dem das LNCH seit der ersten Stunde eng zusammenarbeitet, spricht von einer «Machtfülle des WHO-Generaldirektors ohne Korrektiv»: Laut Kruse haben die Bürger keine Chance, die Korrektheit, Wirksamkeit und Sicherheit der WHO-Empfehlungen zu überprüfen.»

Das Vertragswerk hat nach der Ablehnung im vergangenen Mai einen Aufschub erhalten. Seit November liegt der Vertragsentwurf vor. Doch vieles bleibt unklar. Hat der neue Pandemievertrag Einfluss auf nationale Datenschutzgesetze und Biopatente? Obwohl sich die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats mit dem Thema beschäftigt, wird sie seit über einem Jahr in Unkenntnis darüber gehalten,

- welche Inhalte der Vertrag für

die Schweiz relevant machen wird,

- ob ein Verhandlungsmandat existiert,
- und wer die Verhandlungen führt.

Das stösst Nationalrat Thomas de Courten, Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit auf: «Bis heute werden wir in der Kommission mit vernebelnden Worten hingehalten. Wir haben den Bundesrat auffordern müssen, einen Bericht zu verfassen, um überhaupt unsere Mitspracherechte wahrnehmen zu können.» Diesen Bericht erwarte man noch vor Jahresende.

Rücksichtsloser Zeitplan

Der Beschluss der WHO über den Inhalt des Pandemievertrags ist auf Ende Mai 2025 angesetzt. Er tritt automatisch nächsten September in Kraft, wenn die Schweiz nicht bis 19. Juli eine Rückweisungserklärung (Opting-Out) einreicht. «Leider sieht es nicht danach aus», sagt Thomas de Courten. Vielmehr sei man bereit, die neuen WHO-Standards als Klassenbeste zu akzeptieren. Auf jeden Fall ist der temporeiche Zeitplan der WHO mit Abläufen in der Schweiz zur Wahrung der Volksrechte nicht kompatibel.

Das Lehrernetzwerk hält seine Mitglieder hier auf dem Laufenden, um sich rechtzeitig einbringen zu können. Wir empfehlen auch, die Online-Petition «opting-out-igv.ch» zu unterzeichnen.

Daniel Wahl

Rechtsberatung für Mitglieder ist post-Covid-relevant

Seit Gründung des Lehrernetzwerks im September 2021 – inmitten der Covid-Massenpsychose – berate ich dieses wie auch dessen Mitglieder regelmässig juristisch.

Nach Aufhebung der freiheitsfeindlichen Corona-Massnahmen nahmen die Mitgliederanfragen zwar ab, insbesondere jene von Lehrerinnen und Lehrern mit arbeitsplatzbezogenen Konfliktsituationen. Dennoch ist die Mitgliederberatung weiterhin gefragt – und aus Beraterperspektive nicht weniger spannend. Denn die Anfragen betreffen nun ein wesentlich breiteres Spektrum insbesondere im Bereich des öffentlichen Bildungs- und Personalrechts..

Präventiver Ausschluss

So durfte ich im Verlauf dieses Jahres diverse Fragen betreffend Anspruch auf unentgeltlichen Grundschulunterricht, kantonale Aufsicht über Privatschulen und Homeschooling, sonderpädagogische Massnahmen sowie Weisungsrecht eines staatlichen Arbeitgebers beantworten. Als besonders bizarr in Erinnerung geblieben ist mir die Forderung einer Schule im Kanton St. Gallen, wo die Schulleitung beabsichtigt hat, Kinder präventiv von Schullagern auszuschliessen, wenn deren Eltern nicht im Vorfeld unterschreiben, dass ihre Spröss-

linge auf dem Schulweg weder rauchen noch trinken. Dies zeigt auch, dass jeder (!) Jurist, der etwas von seinen Qualitäten halten will, nicht umhin kommt, sich mit der Bundesverfassung als oberste Rechtsquelle unseres Landes auseinanderzusetzen. Konsultiert man diese, stösst man nämlich rasch auf einen wertvollen Grundrechtskatalog, der den Einzelnen vor einem übergriffigen Kontrollstaat schützen soll.

Keine Präventivbestrafung

Mithin ist gegen Suchtmittelprävention – zumindest für Minderjährige, denen man noch nicht dieselbe Eigenverantwortung zubilligen kann wie Erwachsenen – nichts grundsätzlich einzuwenden. Eine Präventivbestrafung für ein Fehlverhalten, das ein Kind oder Jugendlicher noch gar nicht begangen hat, ist mit der Verfassung indes kaum in Einklang zu bringen – und vor allem auch pädagogisch kontraindiziert, sofern man die Förderung eigenständigen Denkens als zentralen Bildungsauftrag sieht.

Schön ist es, wenn man einer Person bereits mit einer kürzeren Beratung weiterhelfen kann. Teilweise aber sind Konflikte unvermeidbar. Es freut mich, dass das Lehrernetzwerk im einen oder anderen Fall eine Rechtsvertretung – neben mir sind auch Dr. Silja V. Meyer oder

Andreas Holenstein im Berater-Pool dabei – vermitteln konnte, die aufgrund einer ähnlichen Wertebasis mit innerer Überzeugung für einen Fall eintreten kann. Schliesslich ist zu erwähnen, dass

das Lehrernetzwerk bei Fragen von grundsätzlicher Bedeutung auch hin und wieder einen Musterprozess finanziert, dabei aus seinen finanziellen Mitteln, die durch Mitgliederbeiträge, sporadische Spenden oder gezielte Spendenaufrufe zusammenkommen. Kurzum: Ihr macht den Einsatz für ein freiheitliches Bildungswesen möglich – danke!

*Artur Terekhov, Rechtsanwalt,
Regensdorf-Watt ZH*



Artur Terekhov

Vielen Dank für deine Unterstützung!

Trotz guten Konditionen unserer Anwälte ist Rechtsberatung ein teures Unterfangen. Mit deiner Spende kann das Lehrernetzwerk seinen

Mitgliedern weiterhin unkompliziert und grosszügig weiterhelfen. Vielen Dank, dass du uns weiterhin unterstützt. Es sind auch zweckgebundene Spenden möglich, bitte mit dem Vermerk: «Rechtshilfe». CH 48 80 80 8003 9417 3838 2 Herzlichen Dank!



Infiltration unserer Schülerinnen und Schüler durch Queer- und Transsideologen

Die Trans- und Queerszene der Schweiz lobbiert in den Klassen und destabilisiert die Kinder in Bezug auf ihre Identität. Sie infiltriert die Schulen mit eigenem Material und Lehrplänen mit Unterstützung der Pädagogischen Hochschule Zürich.

Nicht die Eltern, sondern die «Profis» aus der Queer- und Transszene in der Schweiz wollen die sexuelle Erziehung der Kinder übernehmen, obwohl der Lehrplan 21 diese Aufgabe den Eltern zuweist. Die LGBTQ-Ideologie solle «umfassend in den Klassen besprochen und in den Schulen gelebt werden». Durch neue Lehrpläne und Materialien, verfügbar auf www.lehrplanQ.ch, möchte man die Deutungshoheit in der Aufklärung an Volksschulen übernehmen – unterstützt von der PHZH, finanziert von der progressiv linken Mercator Stiftung.

Ideologie etablieren

So lud die Queer- und Transszene zu einer Fachtagung «Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Schulsetting – Grundlagen und erste Massnahmen» – zum Workshop ein. Gegen die Diskriminierung von Minderheiten oder Menschen mit anderen, sexuellen Präferenzen ist hier überhaupt nichts einzuwenden. Doch am Workshop an der PHZH ging



Queer- und Transliteratur, propagiert von der PH in Zürich.

Bild dw

es um mehr: Die Lehrer sollen das Trans-Programm und den Genderstern in den Klassenzimmern etablieren – möglichst dauerhaft und fächerübergreifend.

Das Basiswissen wird ausschliesslich von Insidern gesteuert und vermittelt – von der Schwulen-Organisation Pink Cross über das Transgender-Network Switzerland bis hin zur Gruppe «du-bist-du.ch», in der sich identitätsverlorene Jugendliche gegenseitig helfen.

Die Szene suggeriert Unvoreingenommenheit und Objektivität: An der Fachtagung präsentierten die Protagonisten des universitären Projekts Sogus (Sexuelle Orientierung, Geschlecht und Schule) die Resultate einer Studie über die Befindlichkeit von LGBTQ+-Jugendlichen an Schweizer Schulen. Die Befra-

gungen wurden über das Netzwerk der «Milchjugend» erhoben. Die Resultate stammen also von Jugendlichen, die sich als «falschsexuelle Jugend» verstehen. Dass solche Zahlen eine Verzerrung aufweisen, liegt auf der Hand, ist aber von den angeblichen Wissenschaftler nicht reflektiert worden. Auch die Lehrmaterialien (Podcast) zum Thema Vielfalt suggerieren unvoreingenommene Einschätzungen. Zum Beispiel wird eine «Fachperson bei einer Zürcher Amtsstelle» interviewt. Es stellt sich heraus, dass sie selbst transsexuell ist und ihren Lebensstil rechtfertigt.

WC für alle

An der Tagung entschuldigt sich die Organisatorin der PHZH, dass die Toilettenanlagen im Gebäude nicht für die Transgender-Gemeinschaft ausge-

schildert sind. Sie habe darum beim WC einen Zettel mit der Aufschrift «WC für alle» aufgehängt. Problem gelöst? Jetzt dürfen Männer und solche, die sich als Frauen identifizieren, mit Frauen gemeinsam die Toilette nutzen. Das Problem der erhofften Diskrektion ist mit dieser Idee nicht gelöst, der Ideologie aber genüge getan.

Eigene Sprachwelt

Das ist nicht der einzige Widerspruch, der an diesem Workshop an der PHZH zutage tritt. «Willkommen in meinem Klassenzimmer, nimm Platz, wo du dich wohlfühlst», flötet der Workshop-Referent von Pink Cross, um einen Minuten später an Plätze zu versetzen, die man sich nicht mehr selbst aussuchen kann. Doch die Workshop-Teilnehmer verzeihen dies. Dann folgt die Glaubenslehre: «Ihr müsst unbedingt wissen, was Hetero-Cis-Normativität bedeutet.» Wie die Scientology-Bewegung hat die Queer- und Transszene eine eigene Sprachwelt erschaffen, die sich nicht nur im Genderstern äussert.

Die Kompetenz, Begriffe wie queer, trans, cis und hetero sowie die Abkürzung LGBTQ+ bei den Kindern zu verankern, steht ganz oben auf der Agenda der Trans- und Queer-Lobbyisten. Auch hierfür gibt es ein eigenes Wort: «Genderbread». Vermittelt wird dies ausgerechnet von jenen, die nicht mehr erklären können, was eine Frau ist, ohne den unwissenschaftlichen Zirkelschluss zu ziehen:

«Eine Frau ist, wer sich als Frau definiert», heisst es.

Glaubt man den Referenten, dann hätten Neugeborene auch kein Geschlecht, wie an der Fachtagung mehrfach zum Ausdruck gebracht wird: «Bei der Geburt wird heute dem Kind ein Geschlecht zugewiesen». Mütter und Väter, die glauben, ein frisch geborenes Büblein oder Mädchen in den Armen zu halten, werden als schuldig gegenüber ihrem Nachwuchs erklärt. Wer dem traditionellen Rollenbild entspricht, beziehungsweise «cisnormativ» ist, müsse sich stetig hinterfragen. Dass die Annahme, im falschen Körper mit dem falschen Geschlecht zur Welt gekommen zu sein, per se ein Drama ist, wird

von den Transaktivisten verneint. Die Fragestellungen der Sogus-Studie zielen denn auch nur in eine Richtung: «Was ist schön am Queersein?»

Noch mehr Beratungs- und Anlaufstellen

Wer auf pädagogische Antworten hofft, wartet am Workshop vergeblich. Den Referenten scheint die «Abklärung von Ressourcen» das Wichtigste zu sein: Wer kann was übernehmen? Selbstredend ist darauf hingewiesen worden, dass es zu wenig Ressourcen gebe – es brauche mehr Anlaufstellen, mehr Beratungsstellen. Ein erster Ort ist gefunden: die Pädagogische Hochschule Zürich.

Daniel Wahl

Was macht das Lehrernetzwerk Schweiz

Das Lehrernetzwerk Schweiz will in Zusammenarbeit mit der Stiftung «Zukunft CH» den Sexualkunde-Unterricht an den Volksschulen nicht nur kritisieren, sondern die Stellung der Eltern und die Identität der Jugend stärken und übergreifenden Sexualkunde-Unterricht unterbinden.

Ziel einer neuen Arbeitsgruppe ist es,

- ein schlüssiges Argumentarium zu entwickeln
- einen fundierten und begründeten Lehrgang für den Sexualkunde-Unterricht, insbesondere für die Mittelstufe, zu erarbeiten und diesen den Schulen und Eltern zur Verfügung zu stellen
- möglicherweise sogar eine

Homepage mit Material (zum Beispiel Podcasts) zum Download für den Unterricht zur Verfügung stellen.

Ideen sind willkommen! Du kannst unsere Arbeit unterstützen, indem du

- uns über unangemessenen Sexualkundeunterricht an der Schule orientierst
- Kopien der Arbeitsblätter deiner Kinder oder dein eigenes Unterrichtsmaterial zustellst
- uns informierst, welche Lobbygruppen sich an deiner Schule etabliert haben
- deine Mitwirkung in der Arbeitsgruppe, insbesondere als Pädagoge an der Sekundarstufe, anbietest.

Digitales, selbstgeteuertes Lernen muss an Primarschulen gestoppt werden

Länder, welche Digitalisierung der Schule vorangetrieben haben, krebzen wieder zurück. Nicht aber die Schweiz, trotz bedenklicher Indikatoren auf die mentale Gesundheit unserer Kinder.

Aus Schaden wird man klug: Länder wie Schweden und Norwegen, die auf Tablets und Computer setzten, haben einen digitalen Marschhalt eingelegt und kehren zu Papier und Stiften zurück. Griechenland, Ungarn und Italien starteten das neue Schuljahr ohne Handy. Frankreich testet die digitale Pause an 200 Schulen mit einem Handyverbot. Australien plant, Kindern unter 16 Jahren den Zugang zu Instagram & Co. zu verbieten.

Beziehungen leiden

Die Bildungsverantwortlichen, die mit der Digitalisierung an ihren Schulen lange vor der Schweiz vorgeprescht sind, haben erkannt: Lernerfolg sowie die Beziehungen zwischen Schülern und Lehrern und unter den Kindern haben durch den Einzug von Computern und Smartphones gelitten. Soziologen und Autoren wie Jonathan Haidt (Generation Angst) dokumentieren einen Zusammenhang zwischen verminderter schulischer Leistung, Konzentration, Depression, Isolation und Bewegungsarmut, insbesondere durch den Konsum von

Smartphones und Social Media. Haidt sagt zusammengefasst: «Es ist mental ungesund, wenn unsere Kids und Teenager in wichtigen Entwicklungsphasen des jungen Gehirns zu viel Zeit mit technologischen Tools in digitalen Welten verbringen und viel zu wenig Reales (er-)leben und erkunden. Dies verhindert, dass sie genug Zeit zum Erlernen von realen Fähigkeiten haben, die für ein späteres gesundes, mündiges Leben in der realen Welt nötig sind.»

Die Kausalität ist nicht bewiesen, Hinweise gibt es zuhauf,

- dass die entkörperlichte, abstrakte digitale Welt Angst machen kann,
- dass der schnelle Verlust von Gemeinschaft (community) in der virtuellen Umgebung Depressionen verursachen kann
- dass die Digitalisierung Schlafmangel und suchtähnliches Verhalten verursachen kann
- dass die Beschäftigung mit den digitalen Geräten Zeit raubt, das Leben mit Freunden zu teilen (soziale Deprivation).

Trotz dieser Indikatoren will



Generation Angst. Die Schweizer Bildungsindustrie fördert die Digitalisierung der Schulen nahezu unkritisch. Bild: AI

sich die verschlafene Schweiz derzeit zum Musterknaben aufspielen. Eine geradezu unkritische Haltung gegenüber der Digitalisierung bekundet Beat A. Schwendimann, Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle des Dachverbands der Lehrer (LCH). «Schulen sind schon auf einem guten Stand, die Digitalisierung beginnt ja nicht erst morgen», ermuntert er.

Auch in den Bildungsdirektionen gibt es Digitalisierungs-Streber – was der Luzerner SVP-Kantonsrat Urs Christian Schumacher, Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin, bereits erfahren musste. Seinen kritischen Anti-Digitalisierungs-Vorstössen steht der Luzerner Regierungsrat ablehnend gegenüber. Dabei hat Schumacher (mit ihm steht das Lehrernetzwerk Schweiz im engen Austausch) beobachtet, dass die Schülerin-

Fortsetzung auf der letzten Seite

nen und Schüler desozialisiert werden: «Sie werden sich selber und ihrem Tablet überlassen, und der Lehrer ist nur noch punktueller Coach, der seine Instruktionen vornehmlich über das Internet erteilt.»

Zwei Ebenen der Digitalisierung

Einschub: Es gibt zwei Ebenen dessen, was unter «Digitalisierung der Schule» zu verstehen ist. Die eine, wohl weniger umstrittene, ist die Digitalisierung der Schulbürokratie. Die andere, umstrittenere, betrifft die Digitalisierung des Unterrichts mit neuen, oft deutlich teureren Lehrmitteln. Dies auf der Primarstufe. Dass die Jugend auf Sekundarstufe auf die digitalisierte Berufswelt vorbereitet werden und Computer-Anwender-Kompetenzen erwerben muss, steht ausser Frage.

Kinder zu digitalen Wesen zu erziehen, sieht der Zukunftsforscher und vierfache Vater Andreas Walker kritisch: «Es ist naiv, blind darauf zu vertrauen, dass der globale Markt, die Masse an Game-, Kosmetik- und Textilproduzenten sowie Tech-Milliardäre, die ihre eigenen Kinder auf konservative Privatschulen schicken, altruistisch und sozialpolitisch verantwortungsvoll sind und nur das Beste für unsere Kinder wollen. Es ist naiv zu glauben, dass unsere Teenies alleine gut entscheiden, sich das alles von alleine auswächst und wir uns neurobiologisch-evolutionär anpassen», sagt Andreas Walker.

Um sich mehr Gehör zu verschaffen und eine breitere Diskussion zur Digitalisierung der Schule zu lancieren, hat Kantonsrat Urs Christian Schumacher eine Petition im Kanton Luzern angekündigt. Titel: «Kein selbstgesteuertes, digitales Lernen an den Primarschulen.» Er plant den Start

der Petition im Februar 2025. **Das Lehrernetzwerk Schweiz wird Schumacher nach Kräften unterstützen** und die Petition verbreiten. Wir werden Politiker gezielt mit dem Thema konfrontieren, damit auch in anderen Kantonen die Folgen der Digitalisierung überdacht wird.

Daniel Wahl



Hilf mit, unseren Kindern eine unbeschwerte und ideologiefreie Schulzeit zu ermöglichen.

Wir setzen uns mutig ein für eine gesunde und menschenfreundliche Bildung – in jeder Hinsicht.

**Da wir unsere Arbeit ohne finanzielle Mittel nicht ausführen können, sind wir auf Spenden und eure Hilfe angewiesen.
Wir danken dir für deine wertvolle und treue Unterstützung.**

Unsere Bankverbindung:

Lehrernetzwerk Schweiz, 5000 Aarau

IBAN: CH 48 80 80 8003 9417 3838 2

Jetzt mit TWINT spenden:

